

Interview
07. Februar 2022

Silvia Engels im Gespräch mit Heiner Garg, FDP, Gesundheitsminister von Schleswig-Holstein

Silvia Engels: In der Leitung ist nun Heiner Garg von der FDP. Er ist der Gesundheitsminister von Schleswig-Holstein. Guten Morgen, Herr Garg.

Heiner Garg: Schönen guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Die Sieben-Tage-Inzidenz in Schleswig-Holstein liegt mit gut 850 unter dem Bundesschnitt von derzeit über 1400 – dennoch sehr hohe Werte. Warum lassen Sie trotzdem im Handel ab Mittwoch die 2G-Regel wegfallen?

Garg: Weil der Dauer-Pandemiezustand nicht der Normalfall ist und ehrlicherweise die Inzidenz herzlich wenig über die Schwere der Krankheitsverläufe aussagt. Wir sehen, dass mit der Sieben-Tages-Inzidenz seit Wochen die Anzahl der Patientinnen und Patienten auf den Normalstationen, aber auch auf den Intensivstationen vollkommen auseinanderfällt. Das heißt, das sind zwei Entwicklungen, die sich vollkommen voneinander entkoppeln. Beim Pandemie-Management ging es von Anfang an vor allem darum, die Gesundheitssysteme leistungsfähig zu halten. Deswegen ist dieser erste Schritt zugegeben noch nicht der größte, aber ein richtiger und auch ein notwendiger Schritt.

Engels: Gesundheitsminister Lauterbach von der SPD, mit der Sie ja im Bund regieren, warnt allerdings davor in der „Bild am Sonntag“, zu schnell zu öffnen. „Man riskiere sonst neue gefährliche Infektionen und eine Verlängerung der Welle.“

– Warum hören Sie nicht auf ihn?

Garg: Ich glaube, in Schleswig-Holstein sind wir in den letzten zwei Jahren ausgezeichnet mit dem Kurs gefahren, sehr konsequent und auch sehr konsistent Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die unser Gesundheitssystem schützen. Wir haben, als es noch wirklich auf Inzidenzen ankam, bei Alpha und Delta relativ niedrige Inzidenzen im Bundesvergleich gehabt. Wir haben eine hohe Impfquote. Und im Übrigen nehmen wir im Moment nichts anderes als Anpassungen an dem letzten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vor. Ich will mal darauf hinweisen, dass in zahlreichen Ländern 2G im Einzelhandel gerichtlich gekippt wurde. Insofern ist das, glaube ich, keine Maßnahme, von der man unbedingt behaupten müsse, sie sei gerichtsfest und sie sei notwendig, um das Pandemie-Geschehen dauerhaft im Griff zu behalten.

Engels: Das klingt ein bisschen so, als ob Sie weitere Lockerungsschritte planen. Vielleicht auch sogar vor der nächsten Bund-Länder-Runde am 16 Februar?

Garg: Nein! Wir werden gemeinsam in der Koalition beraten, wie wir uns in der Ministerpräsidentenkonferenz positionieren. Wir sehen, dass wir in einem ganz neuen Stadium der Pandemie angelangt sind. Omikron ist mit Alpha und Delta *nicht* zu vergleichen. Es muss darum gehen, besonders vulnerable Einrichtungen zu schützen. Es muss darum gehen, unser Gesundheitssystem jederzeit leistungsfähig zu erhalten. Aber es muss auch darum gehen, Grundrechte wieder in Gang zu setzen beziehungsweise dafür zu sorgen, dass Menschen ihre Freiheiten wieder zurückbekommen – vor allem dann, wenn das Gesundheitssystem jederzeit leistungsfähig ist. Vor dem Hintergrund werden wir jetzt Anpassungen vornehmen, die auf der Linie des letzten Beschlusses der MPK sind, und dann werden wir in einer weiteren Runde mit Sicherheit weitere Schritte vorbereiten. Denn wir müssen aus meiner Sicht aus dieser Dauerschleife heraus. Wir müssen den Menschen erklären, warum in Spanien, in Großbritannien, im Nachbarland Dänemark die Menschen längst deutlich mehr Freiheiten zurückgewonnen haben, und vor dem Hintergrund, glaube ich, sind wir hier in Schleswig-Holstein sehr ordentlich aufgestellt.

Engels: Wir müssen noch auf ein anderes Thema zu sprechen kommen. Ihr Parteifreund, der designierte Generalsekretär Djir-Sarai hat am Wochenende den Präsidenten des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler wegen der kurzfristigen Verkürzung der Covid-Genesungsfrist auf drei Monate hart kritisiert. Er sagte dem „Spiegel“: „Das Vertrauen der FDP kann Herrn Wieler aufgrund dieser neuerlichen Verfehlung, die ja leider kein Einzelfall sei, nicht mehr sicher sein.“ – Schließen Sie sich dieser Misstrauenserklärung an?

Garg: Die Kommunikation war desaströs. Man darf ja nicht vergessen, dass damit tatsächlich Grundrechtseinschränkungen verbunden sind, beziehungsweise die Frage, ob man als genesen gilt, beziehungsweise auch die Frage des Impfstatus mit Johnson & Johnson, welchen Zutritt zu welchen Settings die Menschen haben.

Hier wurde tatsächlich über Nacht – statt einer Anpassung, wie sie ursprünglich kommuniziert wurde, nämlich, dass der Begriff „sechs Monate“ auf 180 Tage präzisiert werden sollte – wirklich Tausenden von Menschen über Nacht der Genesen-Status quasi aberkannt, weil man auf drei Monate verkürzt hat. Das war hundsmiserabel kommuniziert und das muss einfach besser werden. Das geht so nicht.

Engels: Sollte Wieler gehen? – Im Gegensatz dazu wollen Grüne und SPD ihn ja halten.

Garg: Ich halte im Moment überhaupt nichts davon, mitten im Pandemie-Management solche Personalfragen zu stellen. Ich glaube, auch Herr Wieler, wie viele andere von uns, haben immer wieder auch falsche Entscheidungen in dieser Pandemie getroffen oder Fehler gemacht. Diese Fehler muss man eingestehen. Man muss sie korrigieren und dann muss man engagiert zusammen weiterarbeiten.

Ich glaube, was die Menschen brauchen – gerade in diesem Stadium, von dem wir ja hoffen, dass es die letzte Phase der Pandemie sein wird, bevor wir in einen endemischen Zustand gehen – dass man gemeinsam an einem Strang zieht, dass man gemeinsam auch eine Perspektive aus dieser Pandemie entwickelt. Da sage ich noch mal: Die Kommunikation muss hier deutlich besser werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.